

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Exportergebnisse und Exportförderung.

Zur Frage der Schatzhaltung in Polen.

Wirtschaftssteuerung und Ausbau Oberschlesiens.

Zur Frage der Agrarreform und die staatliche Landwirtschaftspolitik.

Die Lage und Bedürfnisse der großpolnischen Landwirtschaft.

Exportergebnisse und Exportförderung.

Seit einiger Zeit häufen sich in der polnischen Presse einerseits die Hinweise auf die zunehmende Bedeutung des Außenhandels überhaupt und andererseits die fortstretende Umstellung des Warenhandels auf die überseeischen Länder.

Betrachte man die erst kürzlich vom Hauptstatistischen Amt in Warschau veröffentlichten Zahlen über den Zahlungsverkehr Polens, so sieht man, daß, während derzeitige Defizite in seinem „umsichtbaren“ Teile im Jahre 1934, wie seit Beginn der Krise weiterhin stark zurückgegangen seien, dagegen der Warenwechsel allein, entgegen der im allgemeinen in der Welt vorherrschenden Tendenz, nicht nur nicht geschrumpft sei, sondern sogar einen Anstieg erlebt habe. Diese Tatsache könnte als Beweis für die Annahme gelten, daß der Außenhandel im polnischen Zahlungsverkehr eine immer vorteilhaftere Rolle zu spielen beginne und zu einem der hauptsächlichen Ausgleichsmomente für die Zahlungslücke Polens werde.

Bei einem Vergleich der polnischen Zahlungsbilanz für die Jahre 1931 und 1933 sei deutlich erkennbar, wie der Kapitalverkehr und insbesondere der Kreditverkehr mit dem Auslande zunehmend schrumpfte, wie weiterhin auf der Einnahme- sowie Ausgabeseite der Gewinne bzw. Leistungen aus dem Transportverkehr, der Arbeiterumwandlung, Touristik u. a. m. abnahmen. Selbstverständlich würden auch die Salden aus diesen Positionen immer kleiner. Und wenngleich die Ausgabeposten in der Betriebszahlungsbilanz mit dem Auslande von Jahr zu Jahr geringer würden (z. B. bei der dauernd passiven Saldo der Japnen, Provinzen, Russland u. a. m. von 417 Millionen Zloty im Jahre 1933 auf 218 Millionen Zloty im Jahre 1932 gefunden), so schrumpfen jedoch auch die Aktivposten dieser Bilanz (der Saldo der „Leistungen“, beispielweise, sei von 239 Millionen Zloty im Jahre 1934 auf 178 Millionen Zloty im Jahre 1933 zurückgegangen). Der Abnahme der eigenen Verpflichtungen auf der einen Seite steht also auch eine Abnahme der fremden Leistungen auf der anderen Seite gegenüber. Unter diesen Umständen sei das 1934 beobachtete Anwachsen des Aktivsaldoes im Warenverkehr als besonders wertvoll angesehen.

Die Zahlen, mit denen die Wirtschaftszeitsschrift „Polaka Gospodarka“ operiert, beziehen sich nur auf die ersten elf Monate des Jahres 1934.

Für diesen Zeitraum betrug der Wert der Einfuhr nach Polen 731 Millionen Zloty, der Wert der Ausfuhr 893 Millionen Zloty. Das bedeutet einen weiteren Rückgang des Einfuhrwertes um rund 5 % im Verhältnis zum gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1933, und eine Steigerung des Ausfuhrwertes um rund 2 % im Verhältnis zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Die genannten Zahlen sind letzten Endes lediglich für die Feststellung des Aktivsaldoes des vergangenen Jahres maßgebend, eines Saldo, der um rund 60 % über dem des Jahres 1933 liegt und ungefähr dem Ausfuhrüberschluß von 1931 gleichkommt.

Infolge des allgemeinen Sturzes der Weltmarktpreise seien jedoch weniger die Wertzahlen als vielmehr die Mengenzahlen für eine Beurteilung entscheidend.

Und hierbei läßt sich deutlich feststellen, daß im Verlauf von 11 Monaten des Berichtsjahres der Umfang unserer Einfuhr um rund 10 % im Verhältnis zum Umfang der gleichen Zeit von 1933 angestiegen ist und in der Ausfuhr diese Steigerung sogar 13 % überschritten (wodurch sich auch der wertmäßige Anstieg trotz des Preisrückganges erklärt).¹⁾

Bei einem Vergleich mit der allgemeinen Entwicklung im Welthandel müsse man daher die Lage des polnischen Außenhandels im Jahre 1934 als anhörenden günstig beurteilen. Denn es sei Polen nicht nur möglich gewesen, die aktive Handelsbilanz aufrecht zu erhalten, sondern es vermochte sogar diese im Berichtsjahr weiter zu erhöhen. Dies habe man ohne jede Anwendung von Einfuhrbeschränkungen erreicht — denn auch die Einfuhrmenge sei weiterhin gestiegen — sondern durch Ausnutzung der Konjunktur der weiter fallenden Preise in der Einfuhr und durch eine bedeutende Steigerung der eigenen Ausfuhr. Diese Tatsache verdient besonders hervorgehoben zu werden, als im allgemeinen die Ausfuhrbedingungen äußerst ungünstig gewesen seien. Die hierzu entscheidenden Momente seien gewesen: 1. das Befreiern der Oldenburgerländer mit jeder Währung, die Passivität ihrer Handelsbilanzen zu befreiten, 2. die zunehmenden Devisennotwendigkeiten auf den europäischen Märkten, und 3. die u. E. größte Schwierigkeit bei unsre Ausfuhr, die in den Folgen der Preisentfernung, in Gold gerechnet, lag und die sich auf den bisherigen Hauptabsatzmärkten auswirkte.

Wenn wir trotz aller dieser Schwierigkeiten die vorher geschilderten Erfolge zeitigen konnten, so ist das in der Hauptsache der Elastizität der Handelspolitik, wie wir sie im Verlauf des ganzen Jahres 1934 geführt haben, zu verdanken. Denn ohne nämlich im Kampf um eine aktive Handelsbilanz zur Linie des geringsten Widerstandes Zuflucht zu nehmen — wie es zweifellos eine weitere Drosselung der Einfuhr gewesen wäre — waren wir immer bemüht, soweit als möglich die Umsätze zu vergrößern, bei gleichzeitiger Anpassung an die auf dem jeweiligen Absatzmarkt unserer Waren herrschenden Bedingungen. Im Endergebnis erreichten wir sowohl eine mengen- als auch zahlmäßige Zunahme unserer Ausfuhr und, was wichtiger ist, eine weit größere Anzahl von Absatzmärkten, wobei wir auch zum ersten Male in nennenswerter Weise auf von uns bisher nicht besuchten Märkten, wie den Überseemärkten, Fuß fassen konnten. Wenn im Verlauf von 10 Monaten des vergangenen Jahres unsere außereuropäische Ausfuhr schon 12,6 % des Wertes unserer Gesamtausfuhr erreichte (im Oktober vorligen Jahres sogar fast 20 %), gegenüber 7,6 % im gleichen Zeitraum des Jahres 1933, so bedeutet das einen wirklichen Fortschritt. Wir haben im Vergleich zum Jahre 1933 eine Ausfuhrsteigerung nach fast allen überseeischen Märkten zu verzeichnen.²⁾

Diese Tatsache einer leichten Schrumpfung unserer Ausfuhr nach Europa bei gleichzeitigem starker Ansteigen der Ausfuhr nach Übersee sei kennzeichnend für den Außenhandel des Jahres 1934.

Im Zusammenhang mit dieser Umstellung müsse gleichzeitig noch auf eine andere wichtige Erscheinung hingewiesen werden,

nämlich auf die sich

„im Rekordtempo vollziehende Wandlung des Charakters unserer Einfuhr.“ Vor dem Ausbruch der Krise — im Jahre 1928 — bildeten die Konsumartikel 18 % unserer gesamten Einfuhr, Rohstoffe und Halbfabrikate 38 % und Fertigwaren 44 %. Seit dem Jahre 1929 ist ein deutlicher Rückgang des Anteils der Lebensmittelneuheiten erkennbar (1929 — nur noch 12 % der Gesamteinfuhr) und statt dessen eine Zunahme des Anteils der Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate. Mit der fortschreitenden Vertiefung der Krise beginnt auch der Anteil der Fertigwaren zurückzugehen, indem er 1933 nur noch 37 % erreicht, während sich der Anteil der Lebensmittel weiterhin auf 13 % hält und der Anteil der Rohstoffe und Halbfabrikate auf 50 % ansteigt. Und diese Tendenz nimmt im Jahre 1934 noch an Schärfe zu: im Verlauf von 11 Monaten des Berichtsjahres bildet die Einfuhr von Lebensmitteln nur noch 10 % der Gesamteinfuhr, die Einfuhr von Fertigwaren nur noch 33 %, dagegen steigt der Anteil von Rohstoffen und Halbfabrikaten auf 57 %. Dies ist zweifellos der Ausdruck einer bedeutenden Produktionssteigerung bei gleichzeitiger — fortgesetzter — Schwächung des Konsummarktes. Wenn der gegenwärtige Zustand nur ein vorübergehender ist und wenn die Produktionssteigerung sich auf die Einfuhr von Verbrauchsartikeln auswirkt und deren Anteil an der Gesamteinfuhr vergrößern wird, dann erscheint diese Tendenz verständlich. Wenn die gegenwärtige Tendenz jedoch weiter bestehen bleibl sollte, so würde das eine recht beunruhigende Erscheinung einer allzu raschen und infolgedessen einer ungesunden Entwicklung der einheimischen Produktion auf zu vielen Gebieten mit einem Male zum Ausdruck bringen, eine Entwicklung — die später bei Wandlung der gegenwärtigen Verhältnisse nicht für längere Dauer erhalten werden könnte.“

Aus dieser Lage heraus ergebe sich für Polen und insbesondere für die polnische Industrie die Aufgabe, durch staatliche und private Förderung der Ausfuhr die selbe mengenmäßig weiter zu steigern.

Da vor allem der in der letzten Haushaltshkommission des Sejms eingehend besprochene Staatsliche Exportfonds zu nennen, der zur Unterstützung der Ausfuhr landwirtschaftlicher und industrieller Produkte jeder Art diene. Der Vorstand des Staatslichen Exportfonds gehörte zur interministeriellen Kommission zur Förderung der Ausfuhr. Der Finanzminister habe das Recht, für den Fonds eine Garantie bis zu 60 Millionen złoty zu übernehmen. Die Gelder des Exportfonds stammten nach dem Gesetze von 1931 aus: 1. der Rückzahlung der vom Staatsstiftus den Kreditinstituten gewährten Kredite und den Jinen für diese Kredite, 2. den für die Landeswirtschaftsbank im Staatsbankhaus vorgelegten Beträgen, wenn die in Ablauf genommenen Zwecke bereits erfüllt seien, 3. vom Gesetz vorgelobten Beträgen, 4. den Gebühren für genehmigte Garantien. Der Stand des Staatslichen Exportfonds zum 1. 7. 1934 habe 316 933,92 złoty einschließlich der Jinen für das 1. Halbjahr 1934 betragen, der Stand der erteilten Garantien zum 15. 10. 1934 — 4 638 438 fr. Frts. Diese Garantie sei nämlich der Hitte „Południ“ (Tiefdesseits) für die Ausfuhr von Eisenbahnschienen nach Brasilien erteilt worden.

Außerdem sei ein Sonderfonds für ermäßigte Kredite und Bankgarantien für die Butterausfuhr nach dem Deutschen Reich geschaffen worden, und es werde die Schaffung eines solchen auch für die Gänseausfuhr nach dem Reiche ermöglicht.

Wenn die polnischen Exporteure in verschiedener Hinsicht unter etwas günstigerem Verhältnis arbeiteten als die Kaufleute anderer Länder, so fehlten ihnen andererseits aber auch wieder einige sehr wesentliche Unterstützungsmonente, über welche jene verfügten. So fehlte ihnen eine Finanzierungshilfe für die Produktion, die für den Export bestimmt sei, oder die Sicherung des Exportkredites, die Sicherheit der Devisendeckung oder des Verkaufsabschlusses, wie sie bei der Währungspraktik und den Währungsschwankungen in den Nachländern notwendig wären, und schließlich fehlte den polnischen Exporteuren auch noch die wichtige Waffe der Deviseninförderungen.

Zwar habe Polen gegen diejenigen Länder, die eine scharfe Devisenpolitik führten, den Clearingverkehr in Anwendung gebracht. Dies sei nur ein teilweise Erfolg, weil von den gesamten nach Polen eingeführten Waren nur rund 52 % unter die Reglementierungsbestimmungen fielen und damit also vom Clearingverkehr erhoft werden könnten.

Außerdem ist eine Reihe anderer Mittel zur Anwendung gelangt, von denen die einen denjenigen der Mehrzahl der europäischen Staaten angenehmt sind — gedacht ist hierbei vor allem an die mittelbare Hilfe in der Form ermäßigter Eisenbahn tarife, Befreiung von der Umsatzsteuer u. a. m., sowie an die unmittelbare Hilfe, wie die Zollrückerrstatzung; die zweite Gruppe bildet eine ureigen polnische Methode und entspringt den spezifischen Wirtschaftsbedingungen unseres Landes. Zu diesen einheimischen Mitteln gehören: die See- und Waren-Kompensation sowie die Hilfe, die der Ausfuhr aus dem Fonds, der aus dem sogenannten „Auskauf“ entstanden ist, erteilt wird.

Die sogenannte „See kompen sation“ beruhe darauf, daß bestimmte Waren bei der Einfuhr nach Polen auf dem Seemege einer ermäßigen Vergeltung unterliegen, wenn der Importeur nachweisen könne, daß er gleichzeitig eine entsprechende Ausfuhr getätigt habe. Da der Importeur in der Regel nicht gleichzeitig auch Exporteur sein werde, so sei er zum Ankauf von Dokumenten gezwungen, die die Ausfuhr einer bestimmten Warenmenge, welche zum Kompensationsvertrag zugelassen sei, becheinigen (sogenannte Kompensationsquittungen). Der nominelle Wert einer solchen Becheinigung entspreche der Zollsumme die mit einer solchen Kompensationsquittung bezahlt werden könne. In dem Preise der Kompensationsquittungen liege die Hilfe für den Export.

Anfangs habe dieses Exportförderungsmittel recht gut seinen Zweck erfüllt, doch in recht kurzer Zeit habe sich gezeigt, daß dieser Automatismus stark erschüttert werde, da infolge einer verhältnismäßig geringen Warenmenge, die nach den außereuropäischen Märkten ausgeführt wurde und eines infolgedessen ungünstigen Angebots solcher Kompensationsbedingungen bei einer gleichzeitigen starken Nachfrage nach denselben, ihr Preis eine gewaltige Steigerung erfahren habe, die bis zu 150 % ihres Nominalwertes gegangen sei. Andererseits sei der Preis für die europäischen Kompensationsquittungen rasch gefallen und schwance jetzt um 60 % ihres Nominalwertes, wobei noch ungefähr europäische Becheinigungen von rund 2,5 Millionen złoty vorhanden seien, die überhaupt keine Abnehmer finden könnten. Dieser Zustand habe den Verband der Kammer gezwungen, an die Bearbeitung einer Reform dieses Systems heranzugehen, deren Durchführung in nächster Zeit zu erwarten sei.

Das System der Warenkompen sation mit den verschiedenen Staaten sei dem von anderen Staaten in Anwendung gebrachten gleichgeartet und arbeite befriedigend.

Die gegenwärtig bedeutendste Hilfe für die industrielle Ausfuhr bildet der Ausfuhrfonds beim Verband der Kammern, der gebildet wird aus den sogenannten „Auskäufen“, oder den Gebühren, die von den Importeuren reglementierter Waren erhoben werden. Das System geht von dem Gedanken aus, daß die Erlaubnis zur Einfuhr bestimmter reglementierter Waren davon abhängig gemacht wird, daß der Importeur ein gleichwertiges Ausfuhrgeschäft nach dem Lande abschließt, aus dem die in Frage kommende Ware eingeführt werden soll. Der „Auskauf“ bildet die Garantie, daß der Importeur nach Erlangung der Bescheinigung des Einfuhrrechts die Durchführung eines Ausfuhrgeschäfts nachweisen wird; da der Importeur jedoch nicht in der Lage ist, das Ausfuhrgeschäft durchzuführen, so entfällt diese Garantie auf einen beim Verbande der Industrie- und Handelskammern bestehenden Fonds, aus welchem in der Folge die Zuschiisse bei der Ausfuhr bestimmter Artikel erteilt werden ... Dieses System erweist unserer Ausfuhr sehr große Dienste, wenn man einerseits die sehr bescheidenen Beträge in Betracht zieht, über die der Fonds verfügt, und andererseits den bedeutenden Teil der Ausfuhr, der aus dieser Hilfe Nutzen zieht.“

Mit diesen und ähnlichen Fragen, soweit sie insbesondere die Finanzierung des über Ödingen geführten Warenaus- und ein-
fuhrendes betreffen, befaßte sich die Mitte Januar d. J. von
der Industrie- und Handelskammer in Ödingen einberufene Kon-
ferenz. Es wurden die Probleme der Ausfuhr und die der Ein-
fuhr getrennt behandelt.

In Bezug auf die Finanzierung des Exportes be-
reite die größte Schwierigkeit der in Ödingen höhere als im Aus-
lande offizielle Zinsfuß, an den sich die Privatbanken halten
müssen. Die dadurch entstehende Spanne kommt den ausländi-
schen und Danziger Banken zugute, die im allgemeinen dank der
materialen Hilfe seitens der Danziger Behörden und der Unter-
stützungen durch ihre deutschen Zentralen einen um 1 % nied-
rigeren als den in Ödingen angenommenen
Zinsfuß hätten. Dieser Unterschied wirkt sich stark zu
Danzigs Gunsten aus, das infolgedessen in der Finanzierung des
politisch jüdischen Handels, neben den ausländischen Banken,
die vor allem den Import aus Polen finanzieren, eine ent-
scheidende Rolle spielt. Dazu tragen auch die niedrigeren Bank-
kosten in Danzig bei, die dort verschiedene in Ödingen berechnete
Gebühren wegsieben.

Diese Zinsspanne müßte nach Ansicht Ödingerer Fachkreise
befreit oder aus öffentlichen Fonds gedeckt werden, ähnlich wie
das in Danzig der Fall sei. Vor allem der bestehende Export-
fonds müßte dazu herangezogen werden, umso mehr, als eine
derartige Verwendung der Gelder entschieden zweckmäßiger wäre
als eine direkte Prämierung der Ausfuhr.

Was die Finanzierung der Einfuhr betreffe, so
hätten auf diesem Gebiete die Ödingerer Banken in den letzten
Jahren sehr bedeutende Fortschritte gemacht. Hierbei handele es
sich in erster Linie um die Finanzierung des Verteilungshandels
und die Zusammenarbeit mit den Speditionssunternehmungen, die
vielfach die Vergütung und die Transportkosten krediterlösen.

„Hier muß bemerkt werden, daß der vom hiesigen Zollamt
gewährte Zollkredit sehr teuer ist, und zwar im Durch-
schnitt um 2 % höher als es in Danzig. Außerdem ist die Art der Krediterteilung und Wiedereinziehung überaus
unelastisch und bereitet viel Schwierigkeiten.“

Diese Unterschiede in den Kosten und der Methode der Kredit-
gewährung zwischen Danzig und Ödingen wird sich auch un-
günstig auf die Einfuhrfinanzierung aus, die bis heute zum über-
wiegenden Teile in Danzig getätigt werde.

[„Polnische Gospodarka“, Heft 1, vom 5. 1. 1935; „Co-
dzienna Gazeta Handlowa“ vom 16. und 27.–28. Januar
und 2.–4. Februar 1935.]

Zur Frage der Schafhaltung in Polen.

Trotz der in Polen seit längerer Zeit anhaltenden Propa-
gierung und staatlichen Förderung der Schafhaltung ist die Ge-
samtheit der Schafe dennoch im Abnehmen begriffen. Selbst ge-
setzliche Wollverwertungsverordnungen und größere Militärfürdäuse
können dieser Tendenz nicht Einhalt gebieten. Besonders ausfallend ist dabei die örtliche Verschiedenheit hinsichtlich der Ab-
bauw. Zunahme der Schafanzahl und weitesthin deren Abhängig-
keit von der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe.

Nach den letzten Schätzungen sei mit einer Gesamtschafanzahl
in Polen von rund 250000 Stück zu rechnen. Dabei verdiene
befont zu werden, daß in den landwirtschaftlichen Betrieben mit
einer Größe von über 50 ha eine dauernde Abnahme der ge-
haltenen Schafe zu verzeichnen sei, während im Gegenzug dazu
die Betriebe bis zu 30 ha im allgemeinen ihren Schafbestand
vergrößerten.

Die Verteilung der Schafe auf die einzelnen Landesteile sei
auch recht verschieden. Während die westlichen und zentralen
Wojewodschaften eine recht beachtliche Abnahme zeigten, habe die
der Schafe in den südlichen Wojewodschaften etwas und in
der Wilnaer Wojewodschaft bedeutend genommen. Der Schaf-
bestand sei in denjenigen Wojewodschaften am stärksten zurück-
gegangen, die den größten Anteil an der inländischen Wollflese-

rung haben. Aus den von der „Posener Messe 1933“ heraus-
gegebenen Zusammstellungen der durch Vermittlung der Messe
gehandelten Wollmengen gehe hervor, daß die größte Menge
Wolle aus den folgenden Wojewodschaften verkauft worden sei:
dem Polnischen — 42,3 %, Pommerellen — 29,0 % und aus
der Wojewodschaft Warthau — 12,4 %. Die Anzahl der Schafe
sei in der Zeit von 1930–1933 in der Wojewodschaft Posen um
17200, der Wojewodschaft Pommerellen um 25400 und in der
Wojewodschaft Warthau um 9100 Stück zurückgegangen. Die
drei Wojewodschaften hätten zusammen rund 84 % der gesamten
auf dem Markt kommenden Wollmenge geliefert.

Für diese starke Schrumpfung bringt der Krakauer „Czas“
folgende Erklärung:

„Die Ausfuhr von Schafen und Hammelfleisch fand fast aus-
schließlich aus den Wojewodschaften Posen und Pommerellen
statt, deren Märkten ein bedeutender Prozentsatz der Erzeu-
gung entnommen wurde. So habe beispielsweise im Jahre 1932
die Produktion von Hammelfleisch in den westlichen Woje-
wodschaften — 15 000 dz und die Ausfuhr — 6 193 dz, also
über 40 % der Erzeugung ausgemacht. Berücksichtigt man
auch noch die Ausfuhr lebender Hammel, so sehen wir, daß
die Ausfuhr diesem Markt rund 50 % seiner Gesamterzeugung
abgenommen hat. Im Jahre 1934 hat sich der Export von Ham-
melfleisch und Schafen sehr verringert. Im Verlauf von 10
Monaten konnten wir kaum 3 841 Schafe und rund 4 370 dz
Hammelfleisch austführen. Noch stärker ist jedoch die Nach-
frage nach Hammelfleisch auf dem Inlandsmarkt geschrumpft.
So ist beispielsweise der Verbrauch an Hammelfleisch in Po-
sen von 725 zu im Jahre 1929/30 auf 589 to im Jahre 1931/32
zurückgegangen. Der Verbrauch dieses Fleisches ist in anderen
Städten noch geringer.“

Ein Hauptgrund für diese beträchtliche Tatsache seien nach An-
sicht des „Czas“ vor allem die unverhältnismäßig hohen Gebühren
in den Markthallen und Schlachthäusern. Der Landwirt
erhalte gegenüber rund 12 Stoty für ein Schaf, die Schla-
chthaus- und Markthallengebühren betragen 8,90 Stoty, zu denen noch
Fracht-, Vermittlungs- und Selbstverwaltungskosten hinzukämen,
so daß im Ergebnis der Bauer für die Fleischverzehrung weniger
erhalte, als die gesamten Nebenkosten ausmachten. Dadurch
würde das Hammelfleisch so verteuert, daß die ärmeren Volks-
schichten an einem Erwerb desfelben nicht zu denken vermöchten.
Dieser Zustand wirke sich sehr negativ auf die Schafzucht der
Weltgebiete aus. Für die bedeutend leichteren Schafe der öst-
lichen Gebiete beständen unter diesen Umständen überhaupt keine
Abnahmehörschkeiten.

„Gegenwärtig ist die Anzahl der Schafe in den Handels-
wolle erzeugenden Gebieten stark geschrumpft, andererseits
ist die Verpflichtung, Inlandswolle den für die staatlichen In-
stitute bestimmten Erzeugnissen hinzuzugeben, auf 45 % (bis-
her 25 %) erhöht worden. Es besteht jedoch die Befürchtung,
daß der Wollpunkt im Jahre 1935 gesenkt werden wird. Nach
Informationen, die der Verband der Kammern und landwirt-
schaftlichen Organisationen besitzt, sind zwischen der Textil-
industrie und einzelnen Wollproduzenten fiktive Kaufabschlüsse
auf Inlandswolle getätigst worden. Besitzt die Textilindustrie eine genügende Anzahl solcher fiktiver Abschlüsse, um den
angeblichen Ankauft einer genügenden Menge Inlandswolle nach-
weisen zu können, so hält sie sich vom weiteren Wollkauf
zurück, was auf den Märkte mangel Nachfrage nach diesem
Artikel ein vermehrtes Angebot zur Folge hat.“

Die Wolle bester Sorte (A), die für die feureren Erzeugnisse
um Abjahr auf dem freien Märkte verwendet wird, bezieht die
Textilindustrie vorwiegend aus dem Auslande. Dort sei es näm-
lich möglich, langfristigen und billigen Kredit zu erhalten, während
die Inlandswolle in der bezahlt werden müsse. Aus diesem Grunde
sei es notwendig, daß von legenderner Seite Kredite bereitgestellt
würden, um der Industrie den Ankauft besserer Sorten inländi-
scher Wolle zu ermöglichen.

Von diesen Überlegungen ausgehend, habe der Verband der
Kammern und landwirtschaftlichen Organisationen folgende For-

derungen erhoben, durch deren Erfüllung er die Rentabilität der Schafhaltung zu sichern hofft:

„1. Bereitstellung besonders günstiger Kredite, die der Textilindustrie den Ankauf von besseren Sorten inländischer Wolle ermöglichen.“

2. Erhöhung des pflichtmäßigen prozentualen Zusatzes inländischer Wolle bei den an die staatlichen Institutionen zu liefernden Waren bis zu 50 %.

3. Eine bedeutende Senkung der Markt- und städtischen Schlachthausgebühren für Schafe und Hammelfleisch.

4. Der Versuch, bei Handelsvertragsverhandlungen mit dem Auslande möglichst hohe Kontingente für Schafe und Hammelfleisch zu erlangen.

5. Revision des bisherigen Systems der Ausgabe von Becheinigungen, die die Textilindustrie erwerben müßte, um den Ankauf von inländische nachzuweisen, um auf diese Art die Durchführung fiktiver Handelsabschlüsse zu verhindern.“

[„Czas“-Krakau vom 22. 1. 1935.]

Wirtschaftsentwicklung und Ausbau Gdingens.

Aus Anlaß des Ende Juni v. Jg. in Gdingen stattfindenden „Festes des Meeres“ brachte das jährliche polnische Wirtschaftsblatt, die „Gdzieńska Gazeta Handlowa“, eine Reihe von Aufsätzen namhafter Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens über die Entwicklung Gdingens bis zu jenem Zeitpunkt und die Probleme bezüglich des Hafens und der Stadt, die einer raschen Durchfahrt hatten. (Vergl. Nr. 18–20 und Nr. 31–32 (1934) unserer Berichte.) Überblickt man von diesem Gesichtspunkt aus die nach dem Jahreswechsel 1934/1935 in der politischen Presse erschienenen Artikel über Gdingen, so gewinnt man die Überzeugung, daß trotz der seit dem Feste des Meeres vergangenen kurzen Zeit viele der damals noch zu lösenden Fragen inzwischen bereits ihre Erfüllung gefunden haben und der Gdingener Hafen weiterhin einen glänzenden Aufschwung erlebt habe.

Anfang dieses Jahres brachte die „Gdzieńska Gazeta Handlowa“ erneut eine Sammlung von Aufsätzen über Gdingen. In der Einleitung dazu schreibt Ingenieur Napoleon Korzon, der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer in Gdingen (und gleichzeitig Direktor des „Robur“-Konzerns, sowie schwedischer Generalkonsul in Gdingen):

„Das Jahr 1934 zeigte in der Entwicklung Gdingens einen bedeutenden Fortschritt. Der zu Ende gehende Abschnitt des Hafenbaues wandelt sich schriftweise in neuen neuen Zeitabschnitt inneren Ausbaus nicht nur technischer, sondern vor allem organisatorischer Art. Neben den neuen Kaianlagen, Lastkränen und Magazinen, welche die Regierung in ihrer fürsorglichen Bemühung in Gdingen errichtet hat, ändern sich die bisherigen provisorischen Formen organisatorischer Tätigkeit im Hafen und werden von neuen, den Anforderungen eines normal arbeitenden Hafens genügenden Institutionen ersetzt. Erwähnt muß hierbei wenigstens werden die neue Gesetzgebung über die Hafengebühren, die Reorganisation des Seearmes, die Neubildung des Zolldienstes und die Errichtung des Freihafengebiets.“

Außerdem stand das Jahr 1934 im Zeichen der Entwicklung von Industrie und Handel, besonders auf dem Gebiete des Fanges und der Verarbeitung von See fischen.

Das Jahr 1935 muß eine weitere organisatorische Entwicklung unseres Hafens bringen, und vor allem muß es einen bedeutenden Fortschritt hinsichtlich der Umwandlung aus einem Umschlagshafen in einen Sammelpunkt des Handels und der Verteilung im Baltikum werden.“

Dieses im allgemeinen gute Urteil findet in der Tat in den Angaben der polnischen Presse keine Bestätigung, wenngleich es auch heute noch an Mängeln verschiedener Art nicht fehlt (vergl. den Artikel in der heutigen Nummer unserer Berichte: „Exportergebnisse und Exportförderung“).

Bis zum Jahre 1930 einschließlich hat sich der Umschlag im Gdingener Hafen wie folgt gestaltet:

Jahr	Einfuhr in to	Ausfuhr in to	Gesamtumschlag in to
1924	981	9 186	10 167
1925	1 646	53 925	55 571
1926	310	404 251	404 561
1927	6 411	801 683	808 094
1928	192 715	1 765 038	1 957 769
1929	329 644	2 492 858	2 822 502
1930	504 117	3 121 631	3 625 748
1931	538 549	4 741 505	5 300 114
1932	432 888	4 761 400	5 194 288
1933	870 704	5 235 162	6 105 869
1934	991 544	6 200 309	7 191 913

Die allgemeine Umschlagszunahme beträgt danach im letzten Jahr 1 086 047 to, wobei die Einfuhr um 120 840 to und die Ausfuhr um 965 147 to angestiegen ist. Das Jahr 1934 zeigt also eine Entwicklung, die der des vorhergehenden Jahres ungefähr gleich gewesen sei, welches gegenüber dem Jahre 1932 einen Anstieg von 17 3% zu verzeichnen gehabt habe. Vergleichsweise sei dazu angeführt, daß die mit Gdingen konkurrierenden Häfen Stettin und Danzig im Jahre 1934 eine Umschlagszunahme von 29% bzw. 20% zu verzeichnen gehabt hätten. Lediglich das Jahr 1932 habe einen unbedeutenden Rückgang der Umschlagsmenge gezeigt, während seitdem wieder ein starkes Anwachsen des Verkehrs zu beobachten sei.

„Wir sehen somit, daß die Besserung der Lage in Gdingen ohne Zweifel eine gewisse wirtschaftliche Belebung des Hinterlandes wiederspiegelt, und daß diese sich verhältnismäßig stärker auf die Einfuhr als auf die Ausfuhr auswirkt, welch letztere übrigens immer die Zahlen auf der Einfuhrseite um ein Vielfaches übersteigt. Das ist vollkommen verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die hauptsächlichsten Positionen auf der Ausfuhrseite solche Massenartikel wie Kohle und Holz sind, für die es keine entsprechenden Gegenposten auf der Einfuhrseite gibt.“

So beträgt allein die Ausfuhrzunahme von Kohle und Holz im Jahre 1934 im Verhältnis zum vorhergehenden Jahre 897 543 to bei einer Zunahme des Gesamtumschlags von 1 086 047 to.

Zu den günstigen Erscheinungen muß man auch die unveränderte Mannigfaltigkeit der in Gdingen zur Verladung gelangenden Waren rechnen. Dies bezieht sich sowohl auf die Einfuhr wie auf die Ausfuhr. Die ursprünglichen Tendenzen der fremden Konkurrenz, Gdingen als fast ausschließlichen Kohlenhafen hinzustellen, sind schon längst als unwahr widerlegt worden. Gdingen kann man heute zu denjenigen Häfen zählen, die den Umschlag einer jeden Ware übernehmen können, was gleichzeitig die Gewähr einer dauernden Beschäftigung des Hafens gibt und ihm unabhängig macht von Zeiten schlechter Konjunktur für einzelne Zweige des Wirtschaftslebens in dem Hafen versorgenden Hinterlande.“

Ganz allgemein lasse sich feststellen, daß die Vergroßerung der Gesamtumschlagsziffer im Jahre 1934 sowohl auf der Einfuhr wie Ausfuhrseite durch die zunehmende umgeschlagene Rohstoffmenge bedingt gewesen sei. Bei der Einfuhr seien es industrielle Rohstoffe, so daß also auch von einer übermäßigen Einfuhr unnötiger Waren nicht die Rede sein könne. Einige Warenarten, wie Zucker, Baumwolle u. a., geben heute ausschließlich oder fast ausschließlich über Gdingen; eine Reihe anderer, wie Schrot, Eisen, Eisen, Baumwolle und Reis, haben sich in Bezug auf die Umschlagsmenge in Gdingen einen Standardisierung gesichert.

In der Frage des im Jahre 1934 durchgeführten weiteren Ausbaues des Hafens müsse man die Investitionen in zwei Gruppen einteilen: zuerst sind die Staatshäfen, zur zweiten Gruppe die privaten Investitionen zu zählen. So seien im vergangenen Jahre 1700 m neue Kaimauern, 1740 m Walfermauern und 1489 m Eisenbahnwänden errichtet worden; weiterhin wurden 2 Holzbrücken im Industriekanal für den zukünftigen Holzhafen gebaut und rund 800 000 m Torf für neue Böschins ausgehoben. Nebenbei erwähnt sei der in bedeutendem Umfange geführte Straßenbau.

An neuen Hafeneinrichtungen seien u. a. zu nennen: 10 Transportkräne, und zwar 6 dreitoniige und 4 fünftoniige für Schrott. In den Magazinen seien 5 neue Winden und im Freihafen eine Verbindung zwischen den Lagern hergestellt worden, so daß die Transportkräne den ganzen Kai der Vereinigten Staaten entlang bewegt werden könnten.

Von privaten Bauten im Hafen seien zu erwähnen: die Errichtung einer Bunkerstation der Firma „Polmin“ für Motorschiffe, ein Magazin der Firma „Aifusa“, mehrere Fischräuchereien, ein weiterer Teil des Heringslagers der Firma „Mewa“, sowie eine Reihe kleinerer Investitionen.

In bautechnischer Hinsicht müßte zur Vervollständigung des Bildes der intensiven Ausbau der Stadt selbst erwähnt werden. Als ein Beweis für die Entwicklung der Stadt und die geleisteten Arbeiten auf dem Gebiete des Straßen- und Platzbaues einerseits und der Volksbildung, Kultur und Kunst, öffentlichen Wohles und der Sicherheit könnten die Aussgaben der Gemeinde Gdingen angeführt werden. Diese seien nämlich von 357 000 Złoty im Jahre 1926/27 auf 22 944 000 Złoty im Jahre 1933/34 angestiegen.

Nicht minder groß als in der eben geschilderten Hinsicht seien den polnischen Pressestimmen zufolge, der Fortschritt und die Entwicklung des Handels und der staatlichen und privaten Verwaltung gewesen. Nach einer Äußerung des Vorstandes des Speditionerverbandes und gleichzeitigem zweiten Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammer in Gdingen, Direktor Brzozowski, habe Gdingen im Jahre 1934 unter dem Zeichen der großzügigen Regelung des Zollwesens und des Versuches einer Lösung der brennenden sozialen Fragen gestanden. Die Aufgaben des Jahres 1935 würden vor allem Eisenbahn- und Kreditfragen und besonders die Schaffung vorstehender Stadtafse im Hafenverkehr sein.

Das Zollwesen sei heute einer der besten arbeitenden Zweige des Hafenlebens in Gdingen.

„Als entscheidendes Jahr in den Fragen des Zolls muß das Jahr 1933/1934 angesehen werden. Heute kann man über diese Angelegenheiten mit der größten Anerkennung sprechen, da tatsächlich in allem, was mit dem Zoll zusammenhängt, ein außerordentlicher Fortschritt zu spüren ist... Von großer Bedeutung ist die Erhöhung der Kompetenz des Gdingener Zollamtes zu einer Behörde II. Instanz, sowie die Errichtung eines neuen Gebäudes für es.“

Die im Jahre 1934 durchgeföhrten Vervollkommenungen auf dem Gebiete des Zollwesens, wie u. a. auch die Erhöhung der Zahl der Zollbeamten, die Aufteilung des Zollgebietes in Unterämter und die Errichtung eines Laboratoriums zur Untersuchung zollpflichtiger Waren seien von grossem Wert gewesen, wenn gleich sie noch manch eine Forderung unverfüllt gelassen hätten.

Ein anderes sehr wichtiges Gebiet der wirtschaftlichen Arbeit im Hafen sei die Frage der geschicklichen Regelung der Hafengebühren zwecks Sicherung einer größeren Beweglichkeit in der Tätigkeit des Sesamtes.

„Entscheidend für die Vervollkommenung der Hafenarbeit war die Anpassung der Hafenbetriebsausgaben an das Entwicklungstempo des Umschlags. Deshalb steht auch das Jahr 1934 im Zeichen einer weitgehenden Normalisierung und verwaltungstechnischen Konsolidierung auf dem Gebiete des Hafenbetriebes.“

Im Jahre 1934 errangten wir einen großen Erfolg, der das Ergebnis jahrelanger Bemühungen des Rates der Hafeninteressenten darstellt, in Gestalt der Befreiung Gdingens von den drückenden Stempelgebühren, die in keinem anderen Hafen Anwendung finden. Diese Befreiung ist bereits in Kraft getreten, doch erweist es sich, daß weiterhin die Notwendigkeit der Novellierung der rechtlichen Grundlagen dieser Verordnung besteht, da die bisherige Verordnung nicht alle Fragen auf diesem Gebiete regelt. Die Grundsätze dieser Novelle sind bereits von der Regierung angenommen worden.“

Nach einem Aufsatz in Heft 8 der „Poiska Gospodarczo“ gebe die übertragende Bedeutung Gdingens im polnischen Außenhandel daraus hervor, daß Gdingen als Umschlagshafen rund 72 % des

Gewichtes und rund 60 % des allgemeinen Wertes des Außenhandels umfaße.

„Die wirtschaftliche Entwicklung Gdingens zeigte im Verlauf der 15 Jahre beachtliche Erfolge sowohl hinsichtlich der Industrie wie des Handels. Die Angaben, betreffend die ausgekauften Industriepatente, zeigen, daß in Gdingen 153 industrielle Unternehmungen, 500 Handwerksbetriebe und 1876 Handelsunternehmungen tätig sind.“

Die Gdingener Industrie ist nicht sehr differenziert und beschränkt sich eigentlich nur auf einige Branchen, die direkt mit der Versorgung des Hafens und der Stadt in Verbindung stehen. Daher sind auch die Bau- und die Lebensmittelindustrie am stärksten vertreten, indem sie rund 50 % aller industrieller Unternehmungen Gdingens bilden. Außerdem kommen noch die Mineral-, Metall-, chemische, Holz- und graphische Industrie in Frage. Eine für Gdingen recht charakteristische Tatsache ist das verhältnismäßig starke Anwachsen des Handwerks, das recht mannigfach und differenziert ist. Dies ist durch die übergroße Anzahl von Handwerkern in Polen überhaupt und ihre Flucht aus den früheren Wohngebieten auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen zu erklären.

Es verdient, betont zu werden, daß dieser Drang, sich in Gdingen niederzulassen, nicht nur das Handwerk, sondern auch den Handel kennzeichnete. Die Folgen dieser Jagd nach neuen Arbeitsmärkten erwiesen sich nicht in allen Fällen als gelungen. Während auf einigen Gebieten eine übergroße Anzahl von Unternehmungen vorhanden war, konnten andere Branchen den Marktansprüchen nicht gerecht werden. Dieser Handel war durch nichts normiert, was zahlreiche Bankrotte und der Rückzug aus erst vor kurzem eingenommenen Gebieten zur Folge hatte. In zahlreichen Fällen erwies sich das bewegliche Handelselement als nicht allzu solide und ernsthaft, indem es den Gdingener Markt nur vom Standpunkt der augenblicklichen Handelsvorteile betrachtete. Auf diese Weise ließen sich in Gdingen Firmen nieder, die einen unehrlichen Handel betrieben, indem sie an den Markt in räuberischer Art herantrangen und dadurch den Ruf Gdingens als Handelszentrum verdarben. Im Konkurrenzkampfe gingen oft anständig arbeitende Firmen zugrunde, die dem Drange wucherischer Firmen, die sich zum Zwecke der Vernichtung des Konkurrenten der verschiedenen unehrlichen Methoden bedienten, nicht standhalten konnten.“

Eine Ordnung des Handels sei durch die Anwendung einer Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen erreicht worden. So habe man u. a. den Vertrag gemacht, die bedeutenderen Firmen durch Kreditlinie zu unterführen. Dies taten vor allem die großen staatlichen Bankinstitute, wie die Polnische Staatsbank, die Landwirtschaftsbank, die Staatliche Agrarbank, dann aber auch einige Aktienbanken und die Kommunalsparkassen.

„Diese Institute verfolgten zwei Ziele: die Unterstützung des Gdingener Wirtschaftslebens und die Finanzierung des Seehandels. Die bedeutenderen Unternehmungen befanden sich infolgedessen in einer bedeutend besseren Lage, da die Banken ihnen ihre wirtschaftliche Existenz und die Erweiterung ihres Tätigkeitsgebietes ermöglichten. Gegenwärtig kann man auf dem Gebiete der Kreditförderung des Handels in Gdingen eine verhältnismäßige Reichhaltigkeit der Kredite und deren Billigkeit feststellen. Ebenso sind bedeutende Erleichterungen hinsichtlich des Kurz- und langfristigen Kredites und insbesondere hinsichtlich der hypothekarischen und Wechselsicherheiten durchgeführt worden.“

Ein anderes bedeutendes Mittel, das für solide Gdingener Unternehmungen starke Grundlagen schafft, ist das System der Steuererleichterungen. Man hat sich den Grundsatz einer weitgehenden Gewährung von Erleichterungen zu eigen gemacht, wie sie in der Verordnung des Präsidenten der Republik vom 1. 6. 1927 über die Unterstützung des Ausbaues und der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und des Hafens in Gdingen vorgesehen sind. Die Anträge auf Befreiung von der staatlichen Besteuerung des industriellen Umsatzes werden unter dem Gesichtspunkte folgender Kriterien beurteilt: a) die vorhergehende wirtschaftliche Tätig-

keit der Unternehmungen, b) die kaufmännische bzw. fachliche Eignung des Eigentümers oder Leiters der Firma, c) die finanziellen Grundlagen der Unternehmung, d) die bereits getätigten oder beabsichtigten Anlagen und Investierungen in Gdingen zum Zwecke der Inbetriebnahme und Führung der Unternehmung, e) die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Unternehmens und der Branche, der das Unternehmen angehört."

In der Organisierung der Industrie und der Hafenspedition in Gdingen sei das vergangene Jahr durch eine verstärkte Arbeitskonsolidierung und eine Reihe von Tatsachen, die einen Einfluß auf die zukünftige Arbeitsgestaltung im Hafen haben werden, gekennzeichnet. Dazu sei in erster Linie die Organisation eines einheitlichen Warenumschlags im Hafen durch eine Firma, die alle Spediteure vereint, zu zählen. In dieser Richtung bleibe jedoch noch viel zu tun übrig, sowohl im Bezug auf die Strukturwandlung dieses Unternehmens, wie der Gehalts-, Tarife u. o. m.

Jur Entwicklung des Speditionswesens habe in bedeutendem Maße die zunehmende Mannigfaltigkeit der Seeverbindungen in Gefolge des regelmäßigen Fernverkehrs und des Zustellungsdienstes beigetragen. Ein in dieser Hinsicht geführter Vergleich mit anderen europäischen Häfen zeige, daß Gdingen noch weit hinter diesen zurückstehe. Die Anzahl der regelmäßigen Schiffahrtslinien betrage in:

Gdingen	38
Stettin	49
Hamburg	180
Bremen	108
Antwerpen	243

Recht interessante Angaben mache vor längerer Zeit der „Arbeiter Poznański“ über das Schiffsmahter- und Speditionswesen. Das Blatt weist vor allem auf die große Anzahl jüdischer und deutscher Firmen hin, die diese Funktionen ausüben. So befindet sich die Schiffsmahterei nur zu einem Drittel in polnischen Händen. Der Anteil am Speditionswesen sei noch geringer. Eigentümer der Speditionsunternehmungen in Gdingen und Danzig seien gegenwärtig:

Nationalität der Eigentümer	Anzahl der Unternehmungen	
	in Gdingen	in Danzig
Juden	14	12
Deutsche	6	17
Polen	5	3
Andere	1	3

Zur leichten Gruppe seien diejenigen Unternehmungen gezählt, in denen kein jüdisches Kapital arbeite und die internationalen Charakter trügen.

Wie bereits zu Anfang erwähnt, werde die Hauptaufgabe des Jahres 1935 die Versöhnung des Eisenbahnwesens und eine günstige Regelung der entsprechenden Tarife, in besonderem Maße innerhalb des Hafens selbst (Zolltarife), sein. Die Richtigkeit der bisher von der Polnischen Staatsseefahrt geführten Seefarcts politik habe das Jahr 1934 erneut bewiesen. Die Fortführung dieser Politik und sogar ihre zunehmende Aktivierung werde besonders mit Rücksicht auf die anwachsende Aktivität der Konkurrenzlinien in den Nachbarstaaten immer notwendiger. In erster Linie trafen hierbei die Fragen des weiteren Ausbaus des Hafenseisenbahnwesens und im Zusammenhang damit die Politik des lokalen Hafentarifs in Er-scheinung. Es bilde sich nämlich im In- und Auslande in Bezug auf Gdingen die Meinung, daß die Regedebühren eine unverhältnismäßig hohe Versteuerung der an und für sich gesunden und guten Umschlagsbedingungen zur Folge hätten. Das Jahr 1935 werde daher im Zeichen der Beseitigung dieser Mängel verkehrt- und zollpolitischer Art und der Anpassung dieser Funktionen an die steigenden Anforderungen des Hafens stehen müssen.

[„Polska Gospodarka“, Heft 4, vom 26. I. 1935 und Heft 8 vom 23. 2. 1935; „Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 1.-2. I. 1935; „Kurjer Warszawski“ vom 4. 2. 1935; „Kurjer Poznański“ vom 3. 11. und 30. 12. 1934; „Gazeta Gdaska“ vom 29. 12. 1934.]

Zur Frage der Agrarreform und die staatliche Landwirtschaftspolitik.

Während der seit Januar andauernden Sejm- und Senatsdebatte über den Staatshaushalt hat u. a. auch der Minister für Landwirtschaft und Agrarreform, Poniatowski, mehrfach die Gelegenheit zu bedeutenden Ausführungen über die von ihm auf diesen Gebieten geführte Politik genutzt. Das erste Mal tat er es Mitte Januar, als der Haushaltssatz des Umfahrsunds der Agrarreform vor dem Sejm zur Verhandlung stand. Die einleitenden Ausführungen machte der Vertreter des Regierungsblocks, Abgeordneter Kamieński.

Dieser berichtete zuerst über die staatliche Zusammenlegungsaktion (Kompozycja), die im Jahre 1933/34 auf einer Fläche von 360 726,9 ha durchgeführt wurde, womit sie um rund 60 000 ha hinter der Leistung des vorhergehenden Jahres zurückblieb. Der Grund dafür sei in der um 5 000 000 Złoty geringerer zur Verfügung stehenden Summe zu suchen. Seit Beginn dieser Aktion bis zum 1. April 1934 seien insgesamt 460 289 Wirtschaften und eine Fläche von 3 376 897 ha zusammengelegt worden, so daß noch 7 485 000 ha übrig blieben.

Hinfristlich der Meliorationsfähigkeit wurden im Jahre 1933/34

„dank der Zusammenarbeit mit dem Arbeitskontor 101,7 km Wälle errichtet, 22,4 km Flüsse und 80,1 km Kanäle reguliert und eine Fläche von rund 12 500 ha mit einem Kostenaufwand von insgesamt 6,7 Millionen Zloty entwässert.“

Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1934/35 lauteten auf 63,8 km Wälle, 25,8 km Flüsseregulierung und 14,8 km Kanäle mit einem Kostenantritt von 5,6 Millionen Złoty.

Zur Frage der Parzellierung übergehend, betont der Referent, daß bis zum 1. April 1934 die von der Regierung geführte Parzellierung insgesamt 503 515,3 ha umfaßt hat, die an 120 829 Erwerber verkauft wurden, in welche Zahl die Annulations- und Militärsiedlungen nicht mit eingebrochen sind. Das Tempo der Parzellierung hat nachgelassen. Die „Entschuldungsparzellierung“, die sich auf das sogenannte „Lex Ludkiewicz“ stützte, hat so gut wie kein Ergebnis gezeitigt ...

Die Staatliche Agrarbank hat bis zum Schluß des Jahres 1933 zum Zwecke der Parzellierung 92 Grundstücke von einer Gesamtfläche von 101 782,5 ha und zum Kommissionsverkauf 22 Besitzungen von einer Fläche von 20 929,6 ha, darunter im Jahre 1933 aus dem Zamoyskischen Majoratsgut 23 500 ha zur Schuldenentlastung erworben. Bis zum Schluß des Jahres 1933 hat die Agrarbank insgesamt 53 673,2 ha parzelliert. Wenn dies an und für sich auch ein beachtenswerter Erfolg ist, so war es jedoch auf dem Gebiete der Parzellierung kein entscheidender Faktor ...

Was die Privatparzellierung betrifft, so erwarten wir gegenwärtig die Regelung der Bodenpreise und Ver-schuldung auf ihrem Gebiete. Besonders schwierig ist die Lage der Parzellenerwerber von Privatinstituten des langfristigen Kredites, die sehr teuer arbeiten. Selbst die besten Zahler kommen hierbei in eine aussichtslose Lage.“

In Bezug auf die durch die Melioration entstandenen Schulden führt der Referent u. a. aus:

„Die Schulden der Wassergenossenschaften werden auf persönliche Schulden verlegt. Die Meliorationsgebühren beim Umbau der Agrarstruktur sind auf die tatsächlichen Kosten für Material und Arbeit reduziert worden. Es ist für die Zukunft beabsichtigt, Gutachten, die Ausführung von Plänen und die technische Aufsicht kostenlos zu gewähren und lediglich die tatsächlichen Kosten für Material und Arbeit in Anrechnung zu bringen ... Die Darlehen des Staatslichen Kreditfonds für Meliorationen sind in einzelnen Fällen (in denen sie keinen Nutzen brachten oder 100 % des Schätzungs Wertes übertrafen u. a. m.) ganz getilgt worden, in den übrigen Fällen dagegen müssen sie bis auf einen Höchstbetrag von 500 Złoty je ha meliorierten Boden und bei anderen Verschuldungen noch weiter reduziert wer-

den. Die Rückzahlung der so verringerten Darlehnssummen soll im Verlauf von 30 Jahren erfolgen, beginnend am 1. Januar 1937, bei einer dreiprozentigen Verzinsung . . .

R e n t e n s c h u l d e n sind auf Grund der Verordnung des Ministerrates vom 29. 9. 1933 umgerechnet worden, was den Anstiegen der Wojewodschaften Posen und Pommernellen eine bedeutende Erleichterung gebracht hat. Die Rückzahlung der vor dem 30. September 1934 entstandenen Rückstände regelt eine Verordnung vom 23. November 1934, die ermäßigte Rückzahlungen im Verlauf von 30 bzw. 15 Jahren vorsieht. Die Verzugsstrafe und Zinsen werden niedergeschlagen. Im Falle vollständiger vorzeitiger Rückzahlung der kapitalisierten Forderung mit Ausnahme der ewigen Rente, im Verlauf von 2 Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung, wird die Forderung um 20 %, und im Verlauf des folgenden Jahres um 10 % reduziert."

Zum Abschluß seiner Ausführungen betonte noch der Vortragende, daß die private Parzellierung und die der privaten Finanzinstitute bankenartiert habe, und ebenso sei die Aktion der Staatslichen Agrarbank ungünstig gewesen. Demgegenüber sei einzig und allein die Kommissariierung- und Parzellierungaktion, wie sie der Staat führe, von entscheidender Bedeutung gewesen.

Im Anschluß an diesen Bericht nahm dann Minister Poniatowski zu den wichtigsten der berührten Fragen noch besonders Stellung.

Grundlage für den von der Regierung geführten Umbau der Agrarstruktur sei das individuelle Eigentum. Dies geschehe ganz bewußt, obgleich in einer Reihe großer europäischer Staaten eine Wirtschaftspolitik gemacht werde, durch die gewisse Grenzen der Individualwirtschaft verwischt würden. Dabei sei der eventuelle Vorwurf einer möglichen Verfärbung in der technischen Entwicklung als teilweise berechtigt anzuerkennen. Aber

„wir verzichten auf die Anwendung einer Reihe von technischen Errungenschaften, weil wir höher als diese die individuellen psychischen Werte einschätzen, welche durch die äußerst entwickelte Technik verwischt werden könnten. Erst in der weiteren Folge kann eine Zusammenfassung zu bestimmten Verbänden für einzelne wirtschaftliche Tätigkeiten, wie z. B. die Absatzorganisation, die Entwicklung des Gessossenschaftswesens u. a. m., von Wert sein.“

Hinlänglich der Kommissariierung befürte der Landwirtschaftsminister, daß das starke Anwochen der Arbeiten auf diesem Gebiet die Gefahr einer gewissen Oberflächlichkeit in sich bergen. Man sei daher bemüht, den technischen Kontrollapparat über die Geometer durch eine Steigerung deren Verantwortlichkeit selbst zu erlassen.

Was die Parzellierung betrifft, so war der bisherige Parzellenerwerber, der für den ha Boden im Verhältnis zum Ertrag unvergleichlich hohe Summen zahlen mußte, eher ein vom Bodenerwerb abschreckender Faktor. Es ereigneten sich geradezu katkaturnhafte Fälle, daß die Höhe der jährlichen Amortisationsrate 250 Zloty je ha zu betrug; eine Höhe von 100 Zloty je ha war recht oft anzutreffen. Diese Summe herauszawirtschaften, war natürlich ganz unmöglich. Ich bin daher der Ansicht, daß die letzten Bemühungen, d. i. die Senkung der Bodenpreise durch Neuausshätzung, die Lage der Betroffenen erleichtern wird und dadurch sich erneut ein Vertrauen herausbilden wird, daß man Boden kaufen und auch seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Wenn es der Allgemeinheit zum Bewußtsein gekommen sein wird, daß die Verhältnisse sich zum Guten gewandelt haben, dann wird auch ein neuer Drang nach Bodenerwerb entstehen, selbstverständlich unter der Voraussetzung langfristiger Kreditierung. Von großer Bedeutung wird es auch sein, wie weitgehend die Privatparzellierung zunehmen wird, die in den letzten Jahren eine starke Schrumpfung auswies. Für das Jahr 1935/36 darf man annehmen, daß der Parzellierungsdrang und das Landangebot noch verhältnismäßig gering sein wird. Die im Vorschlag für die Vergroßerung des Landvorrates zur Parzellierung angesetzten Summen entsprechen nicht dem für die nächste Zeit beabsichtigten Erweiterungen dieser Aktion.

Orientierungscharakter trägt daher auch nur meine Angabe, daß rund 50 000 ha vom Staat aus der Entschuldungsaktion übernommen werden. Diese beiden Aktionen müssen selbstverständlich mit den Möglichkeiten der Kreditierung gekoppelt werden. Auch die Kommissariierungsaktion erlitt eine Schwächung, weil der Staat keine Kredite bereithielt. In dieser Hinsicht ist wenigstens eine auch noch so geringe Hilfe notwendig, und mein Vorschlag rechnet daher damit, daß rund 25 000 Wirtschaften, d. i. ungefähr ein Drittel aller derlengen, welche dieser Aktion unterlegen sollten, einen Kredit von 300 Zloty erhalten müßten.

Was die Bebauung der neuen Kolonien betrifft, so ist die in den westlichen Wojewodschaften angewandte Methode, daß man die Siedlungen fertig bebaut überläßt, die kostspieligste, doch wird man trotzdem auf sie nicht vollkommen verzichten können. Hier muß eine bestimmte Hilfe gewährt werden und wir beabsichtigen es durch die Festsetzung der maximalen Kredithöhe in Bezug auf den ha zu tun. Die Summe von 1000 Zloty für einen ha, unabhängig von anderen Lasten, ist entschieden zu hoch, da die Belastung aus der Errichtung der Gebäude 400—500 Zloty nicht übersteigen dürfte. Diese Kredithöhe wird ungefähr 12 Millionen Zloty in Anspruch nehmen. Diese Summe ist zwar im Vorschlag nicht vorgesehen, wir werden für diesen Zweck jedoch über einen Betrag bis zu 15 Millionen Zloty verfügen können, so daß durch den Umsatzfonds nun Herabsetzung der Verzinsung erfolgen wird. Rund 1½ Millionen Zloty wird zur Wiesenwirtschaftung verwendet werden, und zwar zum Ankauf von Gras- samen und Kunstdünger.“

In der im Anschluß an die Rede des Landwirtschafts- und Agrarreformministers geführten Diskussion wurde dessen Tätigkeit und Bemühungen um die Befriedung der Verhältnisse in der Landwirtschaft von allen Parteien großer Beifall und Anerkennung gezeigt. Die Diskussion brachte im allgemeinen mehr Vorschläge als Kritik.

Von den Ausführungen der verschiedenen Abgeordneten verdient die des Abg. Rzga von der Landwirtschaftspartei Pommerehren noch Erwähnung zu werden. Redner wies darauf hin, daß es in Pommerehren noch viele Minderheiten gebe, die auf verschiedene Art unterstehen würden. Man dürfe nicht vergessen, daß der pommerehren Baur hier die Wahl auf dem Wege zum Meere und damit zur ganzen Welt bilde. In Pommerehren müsse intensiv gearbeitet werden, damit man den dortigen Polen nicht vorwerfen könnte, daß der Stand ihrer Wirtschaften ein niedriger sei als der der deutschen Wirtschaften. Aus diesem Grunde sei auch die Parzellierung in Pommerehren um vieles dringender als anderswo. In dem kleinen Gebiete Pommerehrens gebe es 48 Güter mit einer Fläche von je über 1000 ha. Davon seien 28 deutsche Güter und 20 polnische, zu welch letzteren bereits die 8 Staatsdomänen hinzugezogen seien.

Über Entwicklung und Lage der polnischen Landwirtschaft sprach Minister Poniatowski. Erneut im Verlauf der Diskussion über das Budget des Ministeriums für Landwirtschaft und Agrarreform am 8. Februar vor dem Sejm. Im Gegensatz zu früheren Ausführungen anderer Minister habe sich die Rede Minister Poniatowskis, nach dem Urteil auch der Oppositionspartei, angenehm dadurch unterschieden, daß der Minister nicht ver sucht habe, die beinahe katastrofale Lage der Landwirtschaft irgendwie zu beschönigen, sondern mit vollster Offenheit bemüht war, die wirkliche Situation darzustellen, welche Darstellung übrigens — nach Ansicht der Opposition — noch immer zu rosig gewesen sei.

Sogleich zu Anfang seiner Rede habe Poniatowski erklärt, daß das letzte Jahr für die Landwirtschaft eine Verbesserung nicht gebracht habe. Lediglich eine gewisse Stabilisierung der Verhältnisse habe sich herausgebildet, die es ermöglichen werde, mit etwas geringerer Fehlurteilern die Folgerungen für die Zukunft daraus zu ziehen. Bei der engen Verbindlichkeit zwischen der Landwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft werde es unmöglich sein, eine Verbesserung auf diesem großen Gebiete zu erzielen, ohne gleich-

zeitig daran zu gehen, die starke Verarmung der Landwirtschaft irgendwie zu beseitigen.

Wie aus den juletzt vom Institut für Konjunkturforschung veröffentlichten Arbeiten über die Errechnung der Verteilung des Sozialeinkommens hervorgehe, entspreche der Anteil der Landwirtschaft am Sozialeinkommen nicht deren zahlennahmigen Wert, denn während der zahlennahmige Wert der Landwirtschaft rund 6% erreiche, betrage ihr Anteil am gesamten Volkseinkommen nur ungefähr 40 %.

„Die Änderungen, welche sich im Verlauf der letzten vier Jahre vollzogen haben, stellen sich wie folgt dar: während die allgemeine Verbrauchssenkung 19 % beträgt, zeigt der Konsum der städtischen Bevölkerung, mit Ausnahme der Lebensmittel, einen Rückgang von 18 % und der Konsum der Landbevölkerung eine Verminderung von 46 %. Spezifiziert man noch weiter und betrachtet man nur die Schicht der Kleinbauern und Landarbeiter, so wird man eine Verbrauchsschrumpfung an industriellen Erzeugnissen von 53 % feststellen. Die Ausgaben wirtschaftlicher Art in der Form von Investitionen sind um 64 % zurückgegangen.“

Die vom Palawuski-Institut über die Haushalte der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe angestellten Erhebungen zeigten, daß in der Rubrik, die eine solche Gruppe umfaßt, wie: Kleidung, Wäsche und Schuhe, nach Umrechnung der Preise von 1933 auf den Preisstand von 1928, eine Bauernfamilie im Jahre 1928 — 124 Zloty und gegenwärtig nur — 64 Zloty verausgabte.

Der Tabak- und Alkoholverbrauch sei bis zu 40 % zurückgegangen. Sehe man den Petroleumverbrauch im Jahre 1928 gleich 100, so hält sich der ländliche Verbrauch jetzt bei 43. Beziehe man den Absatz landwirtschaftlicher Maschinen ebenfalls auf das Jahr 1928 mit der Vergleichsziffer 100, so ergebe das Jahr 1934 sogar nur 11.

Von welcher Seite man auch dieses Problem betrachte, so zeige sich immer wieder die allzu starke Verarmung der Landbevölkerung. Man müsse daher die Frage nach den tatsächlichen Ursachen der Erfahrung stellen.

Als Argument werde vielschall die Starrheit der Steuerlast angeführt. Wenn in der Tat die Steuern nicht in dem gleichen Maße reduziert worden seien, wie dies hinsichtlich anderer Elemente des Wirtschaftsbedarfs der Fall gewesen sei, so könnte man dieser Erfahrung aber auch nicht die entscheidende Bedeutung beimessen. Nach Berechnungen des Palawuski-Instituts beträgt der Rückgang der Steuerlastung je 1 ha landwirtschaftlicher Fläche rund 30 %. Da, wie gesagt, der Rückgang auf anderen Gebieten größter gewesen sei, so habe das lediglich ein Ansteigen der Steuerumme von 3 auf 5 % zur Folge gehabt. Gewiß eine bedauerbare, aber nicht allein für die Verarmung der Landwirtschaft verantwortlich zu machende Latsche.

Ebenso könne die Verpflichtung, trotz ihrer unregelmäßigen Verteilung und hohen Zinselfeststellung, nicht als entscheidender Faktor für die Verarmung und Unmöglichkeit der Arbeit in der Landwirtschaft hingestellt werden.

„Im allgemeinen wird richtig die Absatzfrage als Hauptursache angesehen; nicht nur, daß der Landwirt billiger verkauft, sondern auch der Umstand, daß er weniger verkauft, daß er mit Mühe den von ihm erzeugten Artikel überhaupt zu Geld machen kann. Wir verkauften weniger und verkaufen schlechter. Das Baireinkommen in der Landwirtschaft, auf den hier umgerechnet, unterliegt einer so gewaltigen Schrumpfung, daß dieser selbst die mit aller Energie des Landwirts gegenübergestellten Einschränkungen in den Ausgaben nicht entgegenwirken können.“

Diese Schrumpfung beziehe sich in besonderem Maße auf die tierischen Erzeugnisse. Ganz allgemein könne man die Verminderung der Absatzmöglichkeiten mit 50 % annehmen.

„Und wie sieht dagegen der Inlandsmarkt aus? Auf Grund der fort schreitenden zahlennahmigen Zunahme unserer Bevölkerung müßte er dauernde Erweiterungstendenz aufweisen. Statt dessen haben wir eine, wenn gleich nicht große, so doch mehrprozentige Schrumpfung der Absatzmöglichkeiten auf

dem Inlandsmarkte zu verzeichnen. Dabei findet infolge der Verarmung der Bevölkerung eine Verschiebung vom Verbrauch der teureren zu den billigeren Lebensmitteln statt.“

In dieser Lage müßte man sich fragen, ob überhaupt eine Möglichkeit bestehe, diese Verbindung der Verhältnisse, welche diesen Zustand bedingen, zu durchbrechen, und ob man weiterhin Aussicht habe, daß sich bei größerer Anstrengung der Regierung die Verhältnisse im Auslande bessern und der Inlandsverbrauch steigern lassen werde.

Minister Poniatowski sieht kaum die Möglichkeiten einer nennenswerten Wandlung im Auslandswarenverkehr, so lange es nicht gelinge, eine grundsätzliche Änderung durchzuführen, denn im Auslandswarenverkehr handele es sich heute kaum noch um einen Verkauf von Waren gegen Geld, sondern mehr um einen Tausch von Waren gegen Waren. Verkaufsaussichten habe nur noch derjenige, welcher gleichzeitig bereit sei, vom Käufer Waren in Empfang zu nehmen. Die polnische Konjunkturkraft sei aber sehr stark zurückgegangen. Vermehrte Aussichten auf Unterbringung von Industriegerüchten auf dem polnischen Inlandsmarkte beständen erst dann, wenn in Polen wieder eine forte Investitionspolitik geführt werden würde. Denn nur, wenn durch diese wieder mehr Arbeitslose in den Wirtschaftsprozeß eingeschaltet würden und an Stelle des schrumpfenden ein zunehmender Verbrauch treten würde, könnte diese Wandlung geschehen. Dazu seien aber gegenwärtig die Voraussetzungen noch nicht gegeben.

Auf dem Gebiete des Handels müsse festgestellt werden, daß die Landwirtschaft schlecht organisiert sei. Die Spanne zwischen Erzeuger und Verbraucher sei dauernd noch von vielen Vermittlerstellen ausgefüllt. Wenn die Bemühungen der Landwirtschaft zur Befreiung dieser Missstände in der Zeit guter Konjunktur sehr nachlässig geführt worden seien, so sei es jetzt höchste Eile, das in dieser Hinsicht vernachlässigte nachzuholen und wieder gutzumachen.

In der gegenwärtigen Lage sei die dringendste Arbeit die Organisierung des Absages der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, um die bisherigen Bemühungen, aus dem Inlandsmarkte wenigstens einen Teil der Überschüsse an landwirtschaftlichen Produkten unterzubringen, mit Erfolg fortzusetzen.

Grundsätzlich die gleichen, wie die bisher geschilderten Gedankengänge, hatten die Ausführungen Minister Poniatowskis vor dem Senat am 4. März d. J. zum Inhalt. Auch hierbei betonte der Minister, daß infolge der außerordentlich schwierigen Lage, in der sich die Landwirtschaft befindet, alle Energie darauf konzentriert werden müsse, der Landwirtschaft die Existenz-, Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeit zu geben. Wie schon früher betont, erfordere die Regierung daher in erster Linie die Erweiterung des Inlandsabsatzes, dem die hauptsächlichsten Absatzmärkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Gleichzeitig werde angestrebt, daß diese Markterweiterung auch die Industriegerüchte umfaßte, da erst in der Steigerung der Konjunkturfähigkeit für diese Produkte die Möglichkeit begründete steige, den Auslandsexport zu steigern.

„Die Abhängigkeit auf dem Inlandsmarkt zwecks Schaffung von Verdienstmöglichkeiten für die Bevölkerung, als auch vermittels einer gewissen Intervention, Absatzorganisation von Seiten der Landwirte selbst, sowohl durch Verbesserung der Güte, als auch durch Verminderung der Vermittlerstellen, die die Ware durchliefen muß, die Präferenz der Rohstoffe und schließlich die Intensivierung der landwirtschaftlichen Organisation in der Richtung größerer Arbeitsaufwandes, wie er in Polen möglich ist — das wäre die in kürzester Form gehaltene Aufzählung der hauptsächlichsten Arbeitsmittel.“

Der Regierung wurde wiederholte nahegelegt, nach dem Vorbilde anderer Länder durch Abwertung des Geldes die eigene Wirtschaftslage zu verbessern. Dem Gedanken könnte die Regierung nicht folgen, denn die Preislenkung für landwirtschaftliche Erzeugnisse sei schon eine so wegführende, daß vielmehr an eine Steigerung derselben gedacht werden müsse. Entscheidend dafür sei auch, daß die Exportmöglichkeiten dadurch auch nicht gesteigert werden könnten. Wohl würde damit der Import noch weiter gedrosselt werden können, aber in diesem Falle würde die unabdingbare Folge eine Schrumpfung der Ausfuhr sein,

da die polnischen Waren nicht in der Lage wären, ihre Konkurrenzfähigkeit in der Welt zu steigern.

Das zweite Problem von großer Wichtigkeit sei das des Bodenpreises. Es dürfe wohl angenommen werden, daß die Landwirte, die mit aller Entscheidendheit die Notwendigkeit der Anpassung der Industriepreise, des Standes der Leistungen und Abgaben, der Lohnsätze und aller anderen Verpflichtungen betonten, kaum an die Verteidigung der Theorie denken dürften, daß von diesem allgemeinen Rechte lediglich die Bodenbesitzer ausgenommen werden sollten. Wenn also diese Notwendigkeit auch anerkannt werde, so sei er, Poniatowski, wiederum ein Vertreter der Ansicht, daß es Pflicht des Staates sei, eine allzu gewaltige Reduzierung der Bodenpreise zu verhindern. Die erfolgreiche Intervention der Regierung in dieser Richtung sei die Parzellierungaktion. Vor dem Kriege sei diese durch die Politik der Trennungsschäfe von polnischer Seite mit allen Mitteln unterbunden worden, um nicht eine allzu starke Reduzierung des polnischen Bestandes zu zulassen. Nach dem Kriege habe es viele wichtiger Dinge gegeben, die einer raschen Eridigung horrten. Dabei sei von Polen der wirtschaftliche Zehler gegangen worden, daß man den Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Produktion auf Großbetrieb gestiftet habe, wo diese nicht mehr zu halten gewesen seien. Man habe Aufforderungen gemacht, die unter den veränderten Verhältnissen vernichtet werden müßten.

Außerdem sei es die Schwäche des Staatshaushaltes, die es gegenwärtig der Regierung unmöglich mache, in der Entschuldung den großen wie den kleinen Schuldern die gleichen Vergütungen zu gewähren.

Indem die Regierung gezwungen war, eine gewisse Reihefolge der dringenden und der weniger dringenden Bedürfnisse durchzuführen, hat sie richtig gehandelt, wenn sie den Standpunkt vertrat, daß der Großgrundbesitz sich auch ohne diese direkte Hilfeleistung begeben kann, da er durch eine teilweise Parzellierung seines Besitzes doch eine leichte Möglichkeit hat, die Höhe seiner Verschuldung zu reduzieren.

Aufschiebend stellte der Minister die Frage, ob die Möglichkeit durchführbar sei. Wenn einer der Senatoren darauf hingemischt habe, daß sich der Umfang der Parzellierungaktion verringert habe, so treffe ich zu Gleichzeitigkeit aber müsse darüber aufmerksam gemacht werden, daß die Gewissheit einer Bodenpreissenkung auch wiederum einen verstärkten Parzellierungsdrang zur Folge habe. Nach Berichten der staatlichen Behörden und der Agrarbank sei die Zahl der Parzellierungsanwälte im Aufsteigen begriffen. Dies möchte auch der Großgrundbesitzer empfinden, wenn er nur williger an die Parzellierung herangehen würde. Es sei nämlich im allgemeinen dort eine Abwendung gegen die Parzellierung festzustellen, wo der Erbsa aus dieser Parzellierung nicht direkt dem Grundstücksbesitzer zufiele, sondern zur Tilgung von dessen Schulden verwendet werde.

[*„Polaka Gospodarcza“*, Heft 7, vom 16. 2. 1935 und Heft 10 vom 9. 3. 1935; „Kurier Poranny“ vom 16. 1. 1935; „Czas“ vom 16. und 17. 1. 1935; „Illustrowany Kurier Codzienny“ vom 11. 2. 1935; „Kurier Warszawski“ vom 15. 2. 1935; „Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 9. und 28. 2. 1935.]

Die Lage und Bedürfnisse der großpolnischen Landwirtschaft.

Der durch die leßtjährige Trockenheit bedingte grohe Ernteausfall in Großpolen, und die für uns verhältnismäßig wenige Nüthen bringende Entschuldungskonvention hat dieses Gebiet im Vergleich zu anderen Landesteilen in eine geradezu untragbar schneidige Lage gebracht. Diese Erziehung hat dann auch die landwirtschaftlichen Vereinigungen und Verbände veranlaßt, mit einer Reihe von Forderungen an die Regierung heranzutreten, durch deren Erfüllung man wenigstens der größten Not etwas hofft, abhelfen zu können.

Die besondere Wirtschaftsstruktur, die Großpolen von den anderen Gebieten des Landes unterscheidet und die daher auch eine nahm der zweite Vorsitzende des großpolnischen Gutsbesitzerver-

bandes, Turko, zum Thema eines vor kurzem vor dieser Vereinigung gehaltenen Vortrages. Er wies darauf hin, daß die polnische Landwirtschaft ihre besonderen Bedürfnisse ausweise, so daß Gesetze und Verordnungen, die beispielweise auf die Verhältnisse Kongress- und Kleinpolens zugeschnitten seien, in Großpolen mit nur wenig Erfolg angewendet werden könnten. Ein typisches Beispiel dafür sei die landwirtschaftliche Entschuldungskonvention, deren Probleme in diesem Gebiete anders behandelt werden müßten als irgend sonstwo. Eine der dafür entstehenden Lasten sei der kapitalistische Charakter der großpolnischen Landwirtschaft, wodurch sie an den organisierten Geldmarkt gebunden sei. U. a. auch aus diesem Grunde sei der aus der Finanz-Agrar-Gesetzgebung entstehende Nutzen für dieses Gebiet geringer gewesen als für andere Landesteile. Daher sei z. B. auch das Gesetz gegen den Wucher fast ohne Anwendung geblieben, weil man den Wucher im Polenischen nicht kenne und der Kredit lediglich aus organisierten Quellen geflossen sei. Ebenso habe die Zinsenkung für langfristige Kredite eine viel geringere Entlastung zur Folge gehabt, als in anderen Gebieten, weil die Anwendung dieser Kreditart eine bedeutende kleinere sei und im Durchschnitt wohl kaum 30 % der Höhe in anderen Gebieten ausmache.

Lediglich die Akzeptationsbank gewährt bedeutendere Erleichterungen; diese können uns eine Herabsetzung der Restkaufgelder, der Kindergeldhypotheken und der Leistungen an die Familienmitglieder bringen, leider wirken sich diese Gesetze jedoch nur sehr langsam oder kommen überhaupt zu spät. Außerdem macht sich — infolge einer verhältnismäßig hohen Belastung gerade mit diesen Krediten — besonders in unserem Gebiete das Fehlen einer Karentzeit unangenehm bemerkbar.

Was die gegenwärtigen Gesetze betreffe, so könnten sich die Großgrundbesitzer mit der Beteiligung, mit der man sie zu handeln gedenke, nicht einverstanden erklären. Ebenso könnten sie auch den in letzter Zeit vom Minister Poniatowski geäußerten Plan nicht anerkennen, wonach die Frage der Entschuldung des Großgrundbesitzes gekrempfmasse mit der Frage der zwangsweisen Agrarreform verbunden werden. Wenn nach Ansicht des Vortragenden jagen man dadurch nicht allein den Großgrundbesitzern Schaden zu, sondern schädige die Gesamtwirtschaft Westpolens.

Mit der Entschuldung sei auf das Engste die Rentabilitätsfrage verbunden. Gegenwärtig aber könne man behaupten, daß in Indestens % der gesamten großpolnischen Landwirtschaft keine Überschüsse erzielle. Dies mache sich besonders in diesem Jahre empfindlich bemerkbar, wo die Dürre der Landwirtschaft so großen Schaden zugefügt habe, so daß heute viele Wirtschaftsbetriebe weder Futter für das Vieh, noch Deputatsgetreide, noch Geld zur Auszahlung der Arbeiterlöhne beschaffen.

Nach den letzten statistischen Berechnungen habe Großpolen im letzten Jahre rund 360 000 Tonnen Getreide weniger erzeugt, als im Durchschnitt der früheren Jahre. Dies sei ein Schaden von einem Ausmaße, der die Verluste der Überschwemmungen noch übertrifft.

Schon seit mehreren Jahren bemühe sich die Regierung, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu erhöhen, um so die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe wieder herzuführen. Auffallend sei dabei nur das völlige Auflösungsklassen des Kartoffelmarktes, den man durch Prämierung von Stück- und Stückenausfuhr, welche sich viel billiger stellen würde als die Getreideprämierung, bedeutend entspannen könnte.

„Wir wissen, daß der Staat bedeutende Summen für die Ausfuhr von Bacons, Schinken und anderen Viehexportgütern opfert, ohne daß wir als Landwirte von dieser Unterstützung etwas verspielen. Die Baconsfabriken, die langfristige Kontrakte abgeschlossen haben, sind bemüht, den Preis von Jahr zu Jahr mehr herunter zu drücken, und nehmen die Schweine nur unter großen Schwierigkeiten, Statt dessen kaufen sie die Schweine auf dem freien Markt zu einem um % niedrigeren Preisen, woraus sie übermäßige Gewinne ziehen. Als Beispiel sei angeführt, daß die drei Baconsfabriken, die sich im Besitz

der Produzenten befinden, bedeutend bessere Preise zahlen als die kapitalistischen Fabriken, und trotzdem jede rund 180 000 Zloty Gewinn und außerdem noch bedeutende Investitionen gemacht hat."

Nach wie vor müsse auch über die Steuerlast Klage geführt werden, die in der Praxis keineswegs geringer geworden sei. Die Steuerämter scheinen sich nicht damit abfinden zu können, daß die Landwirtschaft ansgehort habe, für sie die lebenspendende Quelle zu sein.

Mit den gleichen Fragen beschäftigte sich der Großpolnische Verband der landwirtschaftlichen Gesellschaften auf einer Tagung in Posen, als deren Ergebnis eine Denkschrift an den Minister für Landwirtschaft und Agrarreform gefordert wurde, in der vor allem auf die schrecklichen Folgen der Dürre hingewiesen wurden. Dabei seien auch die projektierten Ausfälle in den einzelnen Kreisen bei der letzten Ernte bekannt geworden. Für die ganze Wojewodschaft Posen zusammengezogenen seien folgende Verlustzahlen errechnet worden: für Weizen — 35 %, Roggen — 33 %, Oster — 29 %, Hafer — 35 %, Hünfleute — 75 %, Heu — 50 %, Klee — 75 %, Stroh — 65 %, Stroh aller Getreidearten rund 45 %. Außerdem gelassen seien bei dieser Zusammenstellung nur die Kartoffeln, weil deren Stand durch den spät eingefrorenen Regen teilweise noch ausgelaufen worden sei. Berücksichtigt müsse dabei allerdings werden, daß durch diese ungünstigen Witterungsverhältnisse Güte und Haltbarkeit der Kartoffeln sehr stark gelitten habe.

Hinsichtlich der Auswirkungen der Dürre in Großpolen unterschied der Großpolnische Verband der landwirtschaftlichen Gesellschaften drei Gruppen. Zur ersten zählen die Denkschrift an den Minister diejenigen Kreise, welche am meisten geplündert hätten. Dazu gehörten: Birnbaum, Scharnikau, Wollstein, Samter, sowie Kolmar, Rawitsch, Oboernitz und Posen.

Zur zweiten Gruppe gehörten diejenigen Kreise, deren Verluste sich auf der Durchschnittshöhe für die ganze Wojewodschaft beliefen; das seien die Kreise: Inin, Kempen, Schubin, Lissa, Bromberg und Wrongröth.

Zur dritten Gruppe gehörten schließlich die am wenigsten betroffenen Kreise, wie Schrimm, Jarotschin, Kosken, Oniezen, Wirschn, Wreschen, Neutomisch, Środa, Ostromo, Hohenhalza, Kratoschin, Gostlin und Mogilno.

Von den auf Grund dieser Tatsachen in der Denkschrift aufgezählten Forderungen seien nachstehend die wichtigsten wiedergegeben: 1. Erteilung von Vergütungen durch alle Sozialversicherungsinstitute gemäß Art. 3 des Gesetzes vom 15. 3. 1934 auch für diejenigen Rückstände, welche in der Zeit vom 1. Juli 1932 bis zum 1. Oktober 1934 entstanden sind, und Verabschiebung des ersten Rückzahlungsdatums bis zum 1. Oktober 1935. 2. Herabeziehung der rückständigen Staatssteuern und Stempelgebühren, besonders für die Aniedler. 3. Ermächtigung des Direktors der Finanzkammer in Posen zur Gewährung von Steuernachlässen bei den von der Dürre besonders hart Betroffenen. 4. Erteilung durch die Staatsliche Agrarbank eines niedrige oder unverzinslichen Kreditlimits zum Ankauf von Kraftfutter und zur Durchführung der Herbstbefüllung. 5. Herabeziehung des Eisenbahngütertarifs um mindestens die Hälfte für Kraftfutter und Saatgut für die besonders hart betroffenen Gebiete. 6. Verhindern der Baumwollzulieferung für die schon nach der Konversion des langfristigen Kredites der Posener Kreditanstalt rückständig gebliebenen Raten und erneute Verteilung dieser Rückstände auf Raten.

Im Zusammenhang mit dem Besprochenen ist auch die Entschließung von Interesse, die vom "Rat des Verbandes der Kammern und Landwirtschaftlichen Organisationen" auf der am 26. und 27. Februar in War-

schau stattgefundenen Sitzung gefaßt wurde. Die Bedeutung dieser Resolution, die die Gesamtlage der polnischen Landwirtschaft betrifft, kommt dadurch besonders zum Ausdruck, wenn man berücksichtigt, daß neben den führenden Persönlichkeiten des polnischen Wirtschaftslebens u. a. auch teilnahmen: Minister Račyski, der frühere Minister Janusz Polczyński, der frühere Minister und derzeitige Rektor der Wilmer Universität Stanislaw, der frühere Minister Kwiatkowski, verschiedene Abgeordnete u. a. m.

Diese Entschließung hatte folgenden Wortlaut:

"In voller Anerkennung der Bedeutung, die den Bemühungen der Wirtschaftspolitik des Staates im Kampf gegen die Agrarkrise zuzuschreiben ist, stellt der Rat des Verbandes der Kammern und Landwirtschaftlichen Organisationen der Republik Polen fest, daß die bisher in Anwendung gebrachten Mittel jedoch nicht zur Beherrschung der Lage geführt haben, das weitere Absinken der Preise nicht zu hemmen und das seit Jahren zerstörte Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben der landwirtschaftlichen Betriebe nicht wiederherzustellen vermöchten.

Der Rat des Verbandes stellt fest, daß die Lage der Landwirtschaft sich mit jedem Jahre mehr verschlechtert. Breite Massen der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind nicht mehr imstande, sich ordentlich zu ernähren, und besitzen keine Mittel zum Ankauf der allernotwendigsten industriellen Erzeugnisse und müssen auf die Befriedigung der allerprimitivsten materiellen Erfordernisse verzichten. Die Überpopulation des Landes wächst in raschem Tempo an und hat eine weitere Tteilung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zur Folge, was zu einer zunehmenden Proletarierung der Landbevölkerung führt.

In der Überzeugung, daß ein weiteres Andauern dieses Zustandes die Kraft und Macht des Staates gefährdet, weist der Rat des Verbandes mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, entschiedener Methoden und Mittel anzuwenden, die eine Beherrschung der Krise gestalten und den Millionenmassen der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die die Grundlage des Volkes und Polnischen Staates bilden, die Existenzmöglichkeiten wiedergeben . . .

Das Programm des Kampfes gegen die Krise muß die Vergrößerung des Einkommens der landwirtschaftlichen Bevölkerung und damit die Vergrößerung des Anteiles der Landwirtschaft am gesamten sozialen Einkommen zum Ziele haben, durch eine Fortführung der Aktion, welche die Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, sowie eine Steigerung und entsprechende Organisation des Agrarexportes anstrebt . . .

Gleichzeitig muß die staatliche Wirtschaftspolitik mit eiserner Konsequenz und Rücksichtslosigkeit die Anpassung der starreren Elemente unseres Wirtschaftslebens an die verringerten Einnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe anstreben, sowohl auf dem Gebiete des privatrechtlichen wie öffentlich-rechtlichen Lebens, indem solche Fragen erfaßt werden, wie die Angleichung der Preisunterschiede, Reduzierung der hohen Belastung zugunsten der öffentlich-rechtlichen Wirtschaft und die Regelung der Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe im Zusammenhang mit dem Zinsendienst."

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 1., 3. und 12. März 1935; „Czas“ vom 18. 2. 1935.]